

„Luft oder Eigentum“

Umweltministerin Angela Merkel (CDU) über Kat-Pflicht für Autos

SPIEGEL: Frau Merkel, das CDU-Präsidium hat beschlossen, daß vom Jahr 2000 an in Deutschland keine Autos ohne geregelten Katalysator fahren sollen. Wie soll das gehen?

Merkel: Wir prüfen verschiedene Möglichkeiten. Vermutlich wird man in fünf Jahren ein Auto ohne Katalysator nicht mehr verkaufen können, weil die Neu- und Wiederzulassung nicht möglich ist. Vielleicht kommen auch Autos, die älter als zehn Jahre sind und keinen Kat haben, nicht mehr durch den TÜV.



Umweltschützerin Merkel
„Verbot noch in dieser Legislaturperiode“

SPIEGEL: Wäre Ihnen ein generelles Verbot für katalysatorlose Autos lieber?

Merkel: Natürlich. Für die Umwelt wäre es das beste. Das Problem ist, daß noch 1992 Neuwagen verkauft worden sind, die keinen Katalysator hatten. Deshalb überlegen wir, wie man denen gerecht werden kann, deren Auto im Jahr 2000 gerade erst acht Jahre alt ist.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Merkel: Vielleicht brauchen wir für diese Fälle eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2002 oder 2003. Bis dahin sind selbst die neuesten Wagen ohne Katalysator zehn oder elf Jahre alt. Das ist ungefähr die mittlere Lebensdauer eines Autos.

SPIEGEL: Läuft das nicht auf Enteignung hinaus? Es werden ja Eigentumsrechte verletzt.

Merkel: Nicht unbedingt. Auch heute wird schließlich ein Auto nicht zugelassen, wenn es Abgasnormen oder Sicherheitsbestimmungen nicht erfüllt. Wenn jemand aus der Industrie grob gegen den Stand der Technik verstößt, muß er auch seine Anlage erneuern. Außerdem geht es nicht um ein Totalverbot von heute auf morgen. Wir müssen zwei Güter – saubere Luft einerseits und das Eigentum der Autofahrer andererseits – abwägen.

SPIEGEL: Wann soll das Verbot kommen?

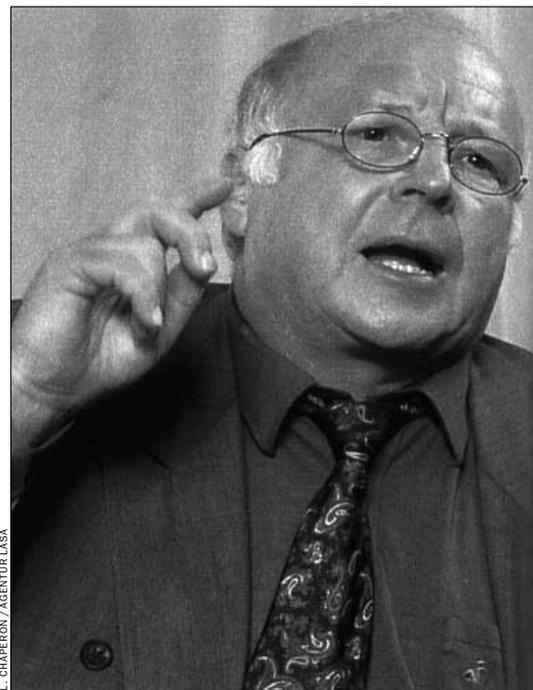
Merkel: Noch innerhalb dieser Legislaturperiode, so frühzeitig, daß sich Verbraucher und Hersteller rechtzeitig umstellen können.

SPIEGEL: Gehen Ihre Pläne nicht zu Lasten einkommensschwacher Pendler?

Merkel: Im Jahre 2000 werden mehr ältere und damit billigere Gebrauchtwagen mit geregeltem Katalysator auf dem Markt sein. Vermutlich können auch ältere Autos bis dahin für ein paar hundert Mark nachgerüstet werden. Das finde ich zumutbar.

SPIEGEL: Sind Sie für staatliche Abwrackprämien oder Fördermittel für Nachrüstungen?

Merkel: Mit solchen Zuschüssen bevorzugen wir nur diejenigen, die sich dem technischen Fortschritt besonders lange verschlossen haben. Dafür kann ich keinen Grund erkennen.



Arbeitsminister Blüm
„In einer Abwehrschlacht“

Sozialstaat

Rutsche nach unten

Statt Umbau des Sozialstaats ein Geiz-Programm: Die Bonner Pläne zur Sanierung des Sozialtats verschieben nur die Kosten.

Von allen Seiten bedrängt – so fühlt sich Arbeitsminister Norbert Blüm am wohlsten.

Die letzten Tage vor der Sommerpause war es mal wieder so weit. Die Sparpläne des CDU-Mannes bei der Arbeitslosenhilfe ließen sich kaum in Umrissen erkennen, da droschen SPD, Gewerkschaften und sogar ein versprengtes Fähnlein von der CDU-Linken schon auf ihn ein. „Ich bin in einer Abwehrschlacht“, ächzte Kämpfe Blüm lustvoll.

Er meint das ganz anders, als es ankommt. Blüm sieht sich nicht als Sparvogt, der mit harter Hand die Begehrlichkeit der Nutznießer des Sozialstaats zügelt. Seine Abwehrschlacht führt der Arbeitsminister gegen hartgesottene Arbeitgeber, gesellschaftspolitische Reaktionen in FDP und CDU/CSU und gegen Theo Waigel.

Als gelungen preist Blüm seine Taktik, auf Druck zum Abbau des Sozialstaats biegsam zu reagieren, um Schlim-

meres zu verhüten. Seit Jahren zieht er nach jeder Attacke Bilanz. Stets kommt er zu dem Ergebnis, das Bestmögliche erreicht zu haben.

Genauso positiv schnitt in der vergangenen Woche auch Gesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) ab – ebenfalls nach eigener Einschätzung. „Mindestens 2,2 Milliarden Mark“ will er den Gemeinden bei der Sozialhilfe ersparen, ohne rigorosen Sozialabbau, verspricht der Minister.

Wohlfahrtsverbände, Kommunen und vor allem die SPD sehen das zwar ganz anders. Doch der reformerprobte Gesundheitsminister führt ebenfalls vernünftige sozialpolitische Argumente an.

Seehofer will vor allem die jährlichen Zuwächse der Sozialhilferegelsätze auf den Anstieg der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer begrenzen. Damit werde das Bedarfsdeckungsprinzip der Sozialhilfe durchbrochen, klagt Klaus Dörrie, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.



Arbeitsprojekt für Sozialhilfeempfänger*: Zuwenig Stellen für Ungelernte

Doch solche Kritik macht es sich zu leicht. Armut ist eine relative Größe. Mit steigendem Wohlstand einer Gesellschaft muß auch das Sozialhilfeniveau steigen. Wenn andererseits die Nettoeinkommenszuwächse der Arbeitnehmer unterhalb der Teuerungsrate liegen, muß das auch auf die Sozialhilfe durchschlagen.

Auch Seehofers Vorschlag, Sozialhilfeempfängern die Bezüge um 25 Prozent zu kürzen, wenn sie „zumutbare Arbeit“ verweigern, bleibt unterhalb der Schmerzgrenze. Gekoppelt ist diese

* Recycling von Küchengeräten in einer Beschäftigungsgesellschaft der Stadt Frankfurt.

„Am Problem vorbei“

Vielen Städten fehlen Jobs für Sozialhilfeempfänger

Drei Sprechtag in der Woche und jeden Tag dasselbe Bild: Vor dem Büro des Sondersachgebietes „Hilfe zur Arbeit“ im Sozialamt Berlin-Kreuzberg stehen die Menschen Schlange. „Die Leute wollen keine Sozialhilfe“, sagt Bezirksstadträtin Ingeborg Junge-Reyer, „die wollen eine Arbeit. Die bitten darum – jeden Tag.“

Rund 4000 Sozialhilfeempfänger bewerben sich jedes Jahr um einen Arbeitsplatz, 280 Stellen aber kann die Kreuzberger Behörde nur vermitteln. Und so schüttelten die Praktiker im Amt die Köpfe, als Bundes-

etwa in Gaststätten, auf dem Bau oder in Krankenhäusern können die Behörden anbieten.

Die Arbeitsverträge sind bei Tariflohn oder ortsüblicher Bezahlung auf drei Jahre befristet. Ein solcher Job sei, so Hermanns, für die meisten „ein Sahnehäubchen“. Denn nach den drei Jahren können sie sich wieder beim Arbeitsamt melden und Arbeitslosenhilfe beziehen – und die liegt im Schnitt um rund 500 Mark höher als die Sozialhilfe.

Wer freilich einen dieser Arbeitsplätze ergattern will, muß zuvor, wie in vielen anderen Kommunen auch, im Auftrag der Stadt einige Monate lang Laub geharkt oder Schnee geschippt haben – für rund drei Mark die Stunde. Auch diese schlecht bezahlten Hilfsarbeiter-Stellen seien, so Hermanns, „sehr begehrt“.

In Köln wundern sich Beamte ebenfalls über den Gesundheitsminister: Eine „Schau“ habe Seehofer da abgezogen, eine, die „am Problem vorbeigeht“, sagt Sozialamtsleiter Arnd Schwendy: „Uns fehlt es nicht an arbeitswilligen Sozialhilfeempfängern, uns fehlt es an geeigneten Arbeitsplätzen.“

Für die Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern gibt die Stadt jährlich 25 Millionen Mark aus und kann so rund 1000 Arbeitsplätze anbieten. Egal, ob die Menschen einen Parkplatz bewachen oder im Theater Kulissen schieben – auch in Köln werden sie dafür ein Jahr lang von der Stadt tariflich entlohnt.

Doch den wenigen, die arbeiten dürfen, stehen am Rhein 7200 Menschen gegenüber, die leer ausgehen. Tagelöhner-Jobs wie in Berlin bietet das Kölner Sozialamt nicht. Schwendy: „Wenn schon Arbeit, dann auch tariflicher Lohn.“

Aus Kostengründen können die meisten Kommunen nicht mehr Jobs beschaffen. Die Hamburger Beschäftigungsgesellschaften, an denen meist die Stadt beteiligt ist, bieten 1600 Arbeitsplätze an. „Solche Stellen kosten Geld“, sagt Tordis Batscheider von der Sozialbehörde – in Hamburg 89,2 Millionen Mark pro Jahr: „Damit sind wir aber auch an unsere finanziellen Grenzen gestoßen.“

gesundheitsminister Horst Seehofer in der letzten Woche ihrer Klientel drohte.

Der Christsoziale will jenen Sozialhilfeempfängern, die zumutbare Arbeit verweigern, die monatliche Unterstützung um 25 Prozent kürzen. „Diese zumutbaren Arbeitsplätze können gar nicht abgelehnt werden“, sagt Rita Hermanns von der Senatsverwaltung für Soziales in Berlin, „es gibt sie nämlich nicht.“

Rund 60 000 arbeitslose Sozialhilfeempfänger leben in der Hauptstadt – aber nur 4200 geeignete Jobs

Zwangsbmaßnahme, die auch nach geltendem Recht schon möglich ist, mit Eingliederungshilfen für arbeitslose Sozialhilfebezieher.

Gegen das Prinzip „Arbeit vor Sozialhilfe“ hat selbst Ursula Engelen-Kefer, DGB-Vize, wenig einzuwenden. Sie nimmt allerdings Anstoß, daß die Gemeinde, nicht der Bund die Kosten der Eingliederung zu tragen habe.

Offen ist, ob Seehofer nur tariflich bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeit als „zumutbar“ verstanden wissen will. Wäre das anders, drohte dem Sozialstaat tatsächlich Gefahr. Leicht könnten Sozialhilfeempfänger, die jeden Job annehmen müssen, als Lohnrücker tariflich bezahlte Ungelernte von ihren Posten verdrängen.

Auf den Vorwurf, mit seiner Konkretisierung des Lohnabstandsgebots wolle er die Regelsätze drücken, kann Seehofer kontern: In den alten Ländern, so seine Modellrechnung, werde das Einkommen der Familien mit drei Kindern nach Erhöhung von Kindergeld, Wohngeld und der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums um 16,3 Prozent über der Sozialhilfe liegen. Das Abstandsgebot – 15 Prozent zwischen Familieneinkommen und Sozialhilfesatz – werde also nicht durch Kürzungen bei den Regelsätzen, sondern vor allem durch eine Erhöhung des Familienleistungsausgleichs eingehalten.

Soziale Grausamkeiten konnten Seehofer und Blüm bislang vermeiden. Doch der Druck auf die Fürsorgeempfänger wächst. Mit ihrem Sparprogramm bestätigen die Regierenden das Urteil der braven Bürger vom schönen faulen Leben in der sozialen Hängematte.

Statt, wie vollmundig angekündigt, den Sozialstaat umzubauen, liefert die Kohl-Regierung nur Sparstückwerk. Zoll um Zoll gerät dabei die Sozialpolitik auf die schiefe Ebene.

Norbert Blüm, der Herold der planmäßigen Umkonstruktion des Sozialstaats, flüchtet sich unter dem Spardiktat Theo



DARCHINGER

Gesundheitsminister Seehofer
Der Druck auf Fürsorgeempfänger wächst

Waigels in planlose punktuelle Operationen, die hier ein paar Millionen bringen und dort eine halbe Milliarde verschieben.

„Das Gefährliche dabei ist“, sorgt sich Wilhelm Adamy, für den DGB in der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit, „Blüm läßt es zu, die Arbeitsmarktpolitik zur Instrumentalisierung des Bundeshaushaltes zu instrumentalisieren.“

Das ist nicht alles. Staatsaufgaben werden der Arbeitslosen- und Rentenversicherung aufgepfropft, die Lohnnebenkosten auf hohem Niveau gehalten.

Blüms Kollege Seehofer versprach zwar, „wir machen keinen Verschiebe-

bahnhof“, aber genau das ist nun sein Konzept. Seehofers Sozialhilfereform etwa setzt darauf, daß die Gemeinden mit Lohnkostenzuschüssen Sozialhilfeempfänger wenigstens für ein halbes Jahr in Lohn und Brot bringen. Ist das geschafft und werden sie dann wieder arbeitslos, sind die ehemaligen Sozialhilfeklienten Kunden der Nürnberger Bundesanstalt, die Kosten zahlen die Beitragszahler.

Der Kniff, Staatsaufgaben den Sozialversicherungen zuzuschieben, hat inzwischen auch schon deutliche Spuren in der Statistik hinterlassen. Der mit Beiträgen finanzierte Anteil des Sozialbudgets stieg von 1980 bis 1993 von 61,8 Prozent auf 63,9 Prozent, der Anteil der steuerfinanzierten Mittel ging von 36,1 Prozent auf 33,9 Prozent zurück.

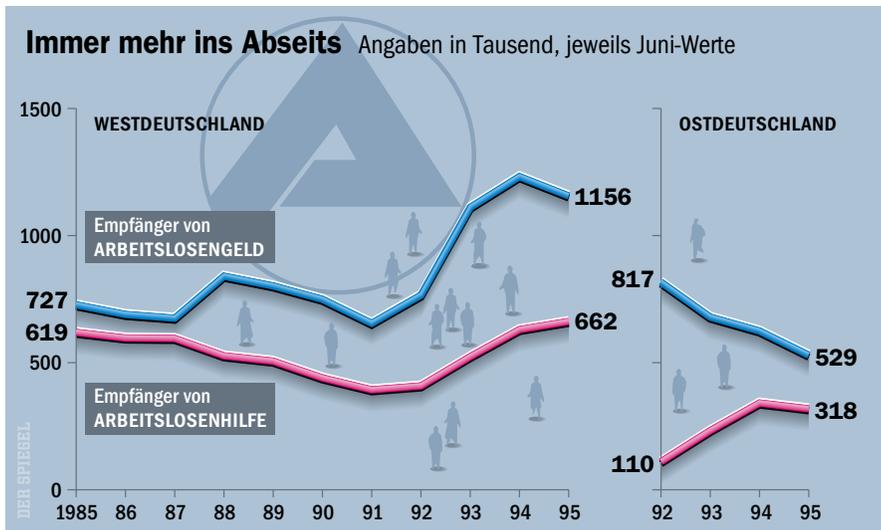
Richtig schlagkräftig wird die Beweisführung über den unbezahlbaren Sozialstaat durch die Behauptung massenhaften Mißbrauchs. Auch dafür lassen sich Blüm und Seehofer einspannen. Die Novellierung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe haben, so maßvoll das Recht auch verändert wird, eine neue Qualität: Die Empfänger staatlicher Fürsorge sollen stärker auf ihre „Arbeitswilligkeit getestet werden“ (Blüm). Das Vorurteil der Faulheit kriegt einen quasi amtlichen Stempel.

„Ich muß verhindern, daß jemand sich häuslich in der Arbeitslosenhilfe einrichtet“, begründet Blüm seine Sparaktion. Doch so häuslich ist es dort für die meisten ohnehin nicht. Durchschnittlich müssen die West-Arbeitslosen mit 1008 Mark pro Monat auskommen, die im Osten mit 782 Mark. Im Westen ist die Kaufkraft der Arbeitslosenhilfe nominal von 1993 auf 1994 um 6,1 Prozent gesunken.

700 Millionen Mark Arbeitslosenhilfe soll Finanzminister Waigel künftig einsparen, weil Blüm den Anteil von Langzeitarbeitslosen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) erhöhen will. Und die werden von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit – und damit von den Versicherten – finanziert.

Der ABM-Etat der Nürnberger Anstalt wird jedoch deshalb nicht aufgestockt. Also fehlen die Mittel, mit denen Blüm Waigel entlastet, denen, die sie bisher bekommen haben.

400 Millionen Mark will Blüm dem Finanzminister einsparen, indem er die Bemessungsgrenze für die Arbeitslosenhilfe alle drei Jahre absenkt. Grund: Die Qualifikation der Langzeitarbeitslosen sinke mit der Dauer ihrer Verbannung aus dem Arbeitsleben; die Arbeitslosen-



Funks Sternstunde

RUDOLF AUGSTEIN

hilfe müsse sich daran orientieren, in welche Positionen sie überhaupt noch zu vermitteln seien.

Dem Aufschrei der Empörung begegnete Blüm mit dem Argument, das alles stehe seit Jahren im Gesetz. Theoretisch richtig, nur wurde es nicht praktiziert. Die Arbeitsämter sehen keine Chance, individuell abzuschätzen, welche Chancen ein Arbeitsloser am Markt hat.

Jetzt soll die Bemessungsgrundlage einfach alle drei Jahre ohne Rücksicht auf individuelle Fähigkeiten oder Probleme um fünf Prozent gesenkt werden. Doch jede Absenkung muß mit einem Vermittlungsversuch auf dem vorherigen Niveau verbunden sein. Die Rutsche nach unten endet auf dem niedrigsten Tarif.

Der Arbeitsminister begründet diese Rigorosität allein damit, den Arbeitswilligen die „Rückkehr in den Arbeitsmarkt“ zu bahnen. Doch wenn Facharbeiter nach langer Erwerbslosigkeit gezwungen werden, Arbeit für Ungelernte anzunehmen, erhöhen sich ihre Chancen nur minimal. Es steigt ja nur die Zahl der Bewerber, nicht das Angebot an Stellen für Ungelernte (siehe Kasten Seite 31).

Nach gleichem Muster lassen sich fast alle neuen Maßnahmen einordnen: Wenn die Arbeitslosenhilfe für über 60jährige entfällt, spart Waigel 300 Mil-

Der Finanzminister spart Millionen, die Länder werden belastet

lionen – die Rentenversicherung bezahlt sie. Und die Verlagerung der Fahrgelderstattung für Schwerbehinderte im öffentlichen Personenverkehr heißt: Der Finanzminister spart 300 Millionen, die Länder werden belastet.

Ein Sonderfall ist der geplante Wegfall der „originären“ Arbeitslosenhilfe. Dieser Einschnitt bringt Waigel immerhin 600 Millionen Mark pro Jahr.

Anspruch auf diese Unterstützung haben im wesentlichen Zeitsoldaten und Referendare, die nach Ablauf ihrer Dienstzeit oder ihrer Ausbildung keine Arbeit finden. Begünstigt sind aber auch Studenten, die weniger als 150 Tage Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben. Die Hilfe ist ohnehin auf ein Jahr begrenzt.

Doch selbst diese Kürzung ist keine echte Ersparnis. Die kleinere Gruppe der Studenten stößt gleich zu Beginn ihres Arbeitslebens zum Heer der Sozialhilfeempfänger.

Für die verhinderten Staatsdiener dagegen ist anderweitig gesorgt; für sie soll der Dienstherr sorgen – und das sind in der überwiegenden Zahl der Fälle die Länder. □

Da wird der französische Staatspräsident Chirac sich aber mächtig ärgern, wenn er den neuen *Stern*, wie es seine Gewohnheit ist, zum Wochenende aufblättert. Zwar spricht er nicht deutsch, wie Genscher und ich bei einem Gastmahl in Hamburg feststellen konnten. Aber es gibt ja Übersetzer.

Die Hamburger Illustrierte ruft zu einer Postkarten-Aktion gegen Chirac auf. Das ist natürlich nicht populistisch gemeint, sondern soll bloß die Auflage steigern helfen. Chirac hingegen hat bei seiner einsamen Entscheidung, so meint *Stern*-Chefredakteur Dr. Werner Funk, durchsichtige (!), innenpolitische (!), populistische Gründe gehabt. Mir scheint, wenn der die jetzt schon abgebildeten Protestler sieht, wird ihm am ehesten noch der Protest des Modells Nadja Auermann oder des Fußballers Jürgen Klinsmann zu denken geben.

Funk, als Führungskraft auch im Hause SPIEGEL über 20 Jahre ausgewiesen, wird ihm die Postsäcke „persönlich“ übergeben. Er wird das zumindest „versuchen“. Populismus? Gewiß nicht.

Aber hat der *Stern* denn nicht recht mit seinem „Nein zu Frankreichs Atomtests“? Doch, hat er. Wie all die anderen Millionen, die sich gegen diesen provokativen Alleingang ausgesprochen haben. Nur sollte man Jacques Chirac, diesen altgedienten Fahrensman, nicht für einen politischen Trottel halten.

Es mag sein, daß er die weltweite Empörung ein wenig unterschätzt hat. Aber daß alle sich empören würden, hat er gewußt, einkalkuliert und gewollt. Die Provokation war geplant. Sie war nicht so sehr für den Hausgebrauch bestimmt (was man ja wohl Populismus nennen könnte), sondern für und gegen die Verbündeten, namentlich an die deutsche Adresse gerichtet. Von „Ihr könnt mich mal“ bis zu „Wir bleiben für immer Freunde“ bleibt da Spielraum.

Ja, wir werden mit Chirac größere Schwierigkeiten haben als mit jedem anderen Nachfolger de Gaulles. Daß er recht clever ist, hat er doch schon wieder bewiesen, indem er die französische Mitschuld an der „Verbringung“ von 13 500 Juden eindeutig und „auf ewig“ festgestellt hat. Er entla-

stet sich auch durch Muskelspiele in Bosnien.

Funks und anderer Leute Briefsäcke sind darum blinder Aktionismus, weil Chirac objektiv gar nicht mehr zurück kann. Er würde damit seinen eigenen Untergang und den der Fünften Republik einläuten. Es würde ihn niemand mehr achten.

Die eigentliche Leistung des immerhin großen Charles de Gaulle ist ja nicht sein Rückzug aus Algerien (jeder hätte da rausgemußt) und nicht die „Force de frappe“, diese Gourmet-Spezialität für Militärs. Nein, er hat die innenpolitischen Zwistigkeiten auf eine beträchtliche Dauer ruhiggestellt: durch eine Nicht-Verfassung, durch den, wie Mitterrand ihn vor Amtsantritt nannte und hinterher positiv exekutierte, „permanenten Staatsstreich“.

Eben weil die Stiefel des Generals jedem Nachfolger zu groß sein mußten (siehe Bismarck), fühlt sich der erste wirkliche Neogaullist Chirac bemüßigt, beidseitig aufzustampfen, nach dem Motto: „Je kleiner der Stiefel, desto größer der Absatz“.

Das mag ein Fehler sein oder auch nicht. Er ist als ein Lebender eingemauert in einen Sarg, der in einem Kamin steht. Von sich aus umfallen kann er nicht. Wer Chirac ein wenig kennt, wird aber nicht glauben, daß ausgerechnet ein deutscher Chefredakteur ihm aus diesem Dilemma heraushilft.

Um ja kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Chiracs Coup war ein ungezogener Anschlag auf die Völkergemeinschaft, ein Rückfall in den Kolonialismus, ein weiterer Schritt zur Vernichtung der Biosphäre dieses Planeten. Nur muß man nicht meinen, er habe sich von seiner Nation und ihren „Meisterdenkern“ sichtlich entfernt. „Warum nicht?“ fragt Bernard-Henri Lévy, und André Glucksmann billigt den Deutschen sogar Atomwaffen zu. Beide verstecken sich hinter ihrem technischen Unverständnis.

Gern möchte ich mir die goldene Pappnase für die größte journalistische Fehleinschätzung seit der Wahl Harry S. Trumans zum Präsidenten anno 1948 aufsetzen lassen, wenn Jacques Chirac zurückweicht. Er wird das nicht tun.